

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 P., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 30. September 1893.

Inserate die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 P. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

Ein Jubiläum der Knechtseligkeit.

† Weltvergessen und gedankenverloren feierten am Sonnabend, den 9. September zu Berlin in den Räumen der „Philharmonie“ die Harmoniebusler auf dem Gebiete der erbittertesten Interessentkämpfe das 25jährige Jubiläum ihres Schattendaseins. Zwar schlug die Berliner Fortschrittspresse noch einmal Tamtam, Herr Goldschmidt und Herr Marx Hirsch lieferten eigenhändig schwingvolle Leitartikel über die großen Leistungen der deutschen Gewerksvereine; indes sind die letzten Reste dieser fortschrittlichen Prätorianertruppen so kümmerlich und politisch bedeutungslos, daß diese Preßkundgebungen nicht mehr bejagen als ein anständiges Begräbniß. Diese völlige Bedeutungslosigkeit der deutschen Gewerksvereine sogar für die Fortschrittspartei, als deren Arbeiter-Elbgarde und Parade-truppe sie gegründet wurden, erhellt am besten, wenn wir einen Blick auf die politischen Persönlichkeiten werfen, die den an sie gerichteten Entlassungen Folge geleistet haben. „Man sah Niemand, der da war.“ Und sogar Glückwunschtelegramme oder Zuschriften gingen nur ein von Herrn Nickerz; die Herren Mörike, Goldschmidt, Lüders, Jordan, zählen so wenig wie die Suppen-Erna Frau Morgenstern, und Herrn Fabrikinspektor Wörrißhofer zählen wir zu den höflichen Leuten, die gewohnt sind, auf Briefe und Anfragen zu antworten.

Die bornirte Kurzsichtigkeit der liberalen Bourgeois und die politische Neife der durch die sozialdemokratische Agitation aufgeklärten deutschen Arbeiter — diese beiden Thatsachen bereiteten den Versuch der Herren Hirsch-Dunder, die Interessen der deutschen Arbeiterklasse an die deutsche Unternehmungsklasse zu verrathen.

Als die sozialdemokratische Bewegung in Deutschland Ende der 60er Jahre ihren Aufschwung nahm und die Herren Bourgeois den jungen Marx seine mächtigen Schwingen regen sahen, da sandten sie Dr. Marx Hirsch nach England, um die dortigen Tradesunions zu studiren. In England gab es große mächtige Arbeiterorganisationen, die nicht bloß frei waren von sozialdemokratischen „Umsturzideen“, sondern die sogar in den politischen Kämpfen des Tages die Sterntruppen für die Liberalen lieferten, die tapferen Soldaten, mit denen die liberalen Bourgeois die Schlachten gegen die konservative Regierung schlugen und gewannen. Kein Wunder, daß den deutschen Bourgeois der Mund wässerte, solchen Zuzug sich zu sichern für ihre Interessentkämpfe gegen das deutsche Junkertum. Was in England historisch geworden, glaubten sie in Deutschland künstlich schaffen zu können; sie vergaßen aber, daß der deutsche Bourgeois ein elender, filziger Knicker war, groß geworden in politischer Bornirtheit, der nicht über seine Nase hinausjah.

„Was war das Bedürfnis in der

„Periode der Entfaltung der Großindustrie? Die Arbeitermassen widerstandsfähig gegen die konzentrierte Macht des Großkapitals zu machen, um sie der Bedrückung und der Ausbeutung zu entziehen, ihnen mit der gleichberechtigten Stellung im Arbeitsverhältniß bei mäßiger Arbeitszeit einen angemessenen Antheil am Ertrag und damit an den Schätzen der fortschreitenden Kultur zu sichern.“

Mit diesen Worten kennzeichnete Dr. Marx Hirsch am Jubiläumsfest die Aufgabe und „hohen Ziele“ der Gewerksvereine, wie sie seit 1868 vollbewußt geplant wurden.“ So sprach der Gründer am 9. September vor den Mitgliedern in Abwesenheit der großkapitalistischen Fortschrittskoryphäen, wie sie früher die Feste der Gewerksvereine zu „zieren“ pflegten. Auch vom Standpunkt der sozialdemokratischen Gewerkschaften kann man diese Worte, diese Kennzeichnung der Augenblicksziele voll und ganz unterschreiben.

Was haben aber die Gewerksvereine gethan, diese ihre Ziele zu erreichen, diese ihre Forderungen durchzusetzen?

Hören wir wieder Herrn Dr. Marx Hirsch, was er am gleichen Tage, wenige Stunden vorher, in einem Wehrauch-Leitartikel der „Vossischen Zeitung“ hierüber zu sagen weiß:

„Während der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen in den Gewerksvereinen in den Hintergrund trat, erfüllte der stete Hinweis auf die Selbsthilfe, die Beschaffung von Bildungsgelegenheiten, die Förderung der Geselligkeit, die Gewährung von Nothhilfe in allen gewerblichen Streitigkeiten, die Unterstützung bei Reisen, beim Umzug, bei Begräbnissen, die Arbeitsvermittlung die Mitglieder der Gewerksvereine mit einem Gefühl der Sicherheit, das, wie Schmühle in Courad's Handwörterbuch der Staatswissenschaften ausführt, bewirkte, „daß wir als Mitglieder der Gewerksvereine vielfach gerade die ruhige und besonnene Elite der Arbeiterschaft finden.“

Will man diesem Widerspruch zwar nicht höflich, aber deutlich mit wenigen Worten kennzeichnen, so kann man ihn kurz zusammenfassen in die zwei Worte: „Betrogene Betrüger.“

Betrüger — indem die Herren Hirsch-Dunder an die Gründung der Gewerksvereine herantraten in der festen Absicht, die ausgesprochenen Ziele nicht zu erstreben; betrogene Betrüger — indem sie den nicht ausgesprochenen Zweck: die Befreiung der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu hintertreiben — ebenfalls nicht erreichten.

Zwar war die ökonomische Nothwendigkeit stärker als all der Listelinn der Bourgeoisleiter; auch die zahllosen, braven Gewerksvereine wurden durch die kurzfristige filzige Bornirtheit des deutschen Ausbeuterthums in die Lohnkämpfe, in die dreimal vermaledeiten Streiks hinein-

gezwungen. Wie ein Blitzstrahl enthielt der Waldburger Streit die Lüge von der Harmonie zwischen dem ausbeutenden Kapital und der ausgebeuteten Arbeit, aber immerhin gelang es den Letztern der Gewerksvereine, ihre braven Arbeiter von einem Weitergehen auf dieser gefährlichen Bahn abzuhalten, denn, heißt es in dem erwähnten Artikel der „Voss. Ztg.“ weiter, „Lohnkämpfe wie der Waldburger Ausstand erregten Mißtrauen bei dem Bürgerthum“, deshalb wurde der „Kampf um bessere Arbeitsbedingungen in den Gewerksvereinen in den Hintergrund gedrängt, trotzdem Herr Hirsch so pathetisch jetzt, 25 Jahre später, in die Welt hinausposaunen möchte, das „hohe Ziel der Gewerksvereine, wie sie 1868 vollbewußt geplant wurden“, sei gewesen, die Arbeitermassen widerstandsfähig zu machen gegen die Ausbeutung und Bedrückung des Großkapitals!

Mit der Aufgabe dieses hohen Kampfszieles war natürlich der Bankrott dieses bourgeoisen Zwischenpieles besiegelt. Nur zu bald ging auch die „Perle der Gewerksvereine“, die berüchtigte Invalidenkasse des Verbandes schmächtig flühen, Tausende von Arbeitern wurden um ihre abgedarbteten Spargroschen geprellt, und wenn heute der „Verbandsanwalt“ die Schuld für diesen Bankrott der „das Mißtrauen erregenden polizeilichen Einmischung“ zuschreibt, so ist das Flunkerei, um sich von der Verantwortung für diese fanke Gründung zu drücken. Andere Arbeiterklassen hatten ganz andere polizeiliche Chikanen zu tragen, aber die gesunden finanziellen Grundlagen, der Opferinn der Arbeiter, die Rekrutierung aus der durch die gesteckten Ziele, die unermüdlige Agitation und den fröhlichen Kampf dafür enthusiastisch mitgenommenen Generation ließen diese „polizeiliche Einmischung“ spielend überwinden.

Aber es hieße der historischen Wahrheit Gewalt anthun, wenn man annehmen wollte, dieser frühzeitig politische und finanzielle Bankrott sei die Ursache davon gewesen, daß die Gewerksvereine in ihrer Mitgliederzahl und Bedeutung immer zurückgegangen sind, bis sie heute auf dem Standpunkte der absoluten Bedeutungslosigkeit angelangt sind. Denn heute sind die angeblich 1341 Ortsvereine mit 61,034 Mitgliedern nichts anderes mehr als eine, von jeglichem politischen und wirtschaftlichen Einfluß und Gehalten losgelöste Unterstützungsgeellschaft, wie das deutsche Reich und alle modernen Kulturstaaten in den zahllosen Kranken-, Sterbe-, Begräbniskassen u. deren ungezählte Variationen aufweisen. Der moralische und finanzielle Zusammenbruch dieser fortschrittsparteilichen Bourgeoisgründung ist vielmehr die Folge davon gewesen, daß die deutschen Arbeiter vom ersten Augenblick an das schüddige Spiel durchschaute, für das die Gewerksvereine gegründet wurden und die deutschen Arbeiter gewonnen werden sollten. Der Bankrott war nur das Siegel, das die deutsche Arbeiterklasse nachträglich aufdrückte, um aller Welt kund und zu wissen

zu thun, daß sie für dieselben nicht zu haben ist, sondern Jedem die Wege weist, der sie von ihrem wahren Ziele ablenken will, dem Ziele, dem heute die politische und gewerkschaftlich organisierte deutsche Arbeiterschaft zusteuert: Befreiung der Arbeiterklasse von dem Joch der kapitalistischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung durch die Ausbeuterklasse.

Die prunkenden Reden beim Jubiläumsmahl, die könennden Zahlen in dem Festberichte täuschen heute Niemand mehr, nicht einmal die Bourgeois, die sich so gerne täuschen ließe. Wenn für Krankenunterstützung und Begräbnißgeld — in fünf und zwanzig Jahren — auch 8,400,000 M. aufgebracht wurden, für Nothschuß und Bildungszwecke, Arbeitslosen- und sonstige Unterstützungen weitere 2,200,000 M., was will das sagen gegen die ungezählten Millionen, welche die in den klassenbewußten Gewerkschaften organisierten Arbeiter für ihre wirtschaftliche Besserstellung in den zahllosen Kämpfen der letzten 25 Jahre gegen das vereinigte Ausbeuterthum und die mit ihm verbündeten Staats- und Polizeimächte opfern mußten! In den zahllosen Kämpfen, in denen die Gewerksvereiner, dank ihrer politischen Kastration durch die Hirsch und Konsorten nur die Rolle der Schmaroger gespielt haben?

Diese aus den eigenen Taschen aufgebrauchten Unterstützungsgroschen lohten wirklich nicht der Mühe, dafür die politische Selbstständigkeit aufzugeben, dafür der bürgerlichen Fortschrittspartei Helotenblenke zu leisten. Und noch weniger lohnte es der Mühe, dafür ein Jubiläum der Knechtseligkeit zu feiern! Ein Glück, daß dies „Jubiläum“ der Welt zum Ueberdruß noch einmal vor Augen führte die völlige Bedeutungslosigkeit der Hirsch-Dunder'schen Harmoniebuserei, die völlige Einflußlosigkeit der betrogenen Betrüger!

Die Geschäftslage der Schweiz. Metall- und Maschinenindustrie.

Der jüngst erschienene, für das Jahr 1892 erstattete Jahresbericht des schweizerischen Handels- und Industrievereins (Handelskammer) über Handel und Industrie in der Schweiz enthält auch eine sehr informative Uebersicht über die geschäftliche Lage der verschiedenen Zweige der Metall- und Maschinenindustrie, welche theils vom Verein schweizerischer Maschinenindustrieller, theils von einzelnen derselben herrührt.

Die Einfuhr von maschinenindustriellen Produkten in die Schweiz betrug im verfloßenen Jahre 21,252,000 Franken, die Ausfuhr 21,610,000 Franken; Deutschland partizipirt an der Einfuhr mit 11,100,000 Franken und an der Ausfuhr mit 4,348,000 Franken, es hat also fast dreimal so viel Maschinen u. in die Schweiz eingeführt als diese dahin ausgeführt. Was aus Deutschland hauptsächlich in die Schweiz geliefert wird, sind Nähmaschinen, eiserne Konstruktionen (Brücken, Eisenbahnmaterial u.), Land- und hauswirtschaft-

liche Maschinen, Werkzeugmaschinen, Lokomotiven, Maschinenteile, Fahrräder, Splinterer und Zwickerschneidmaschinen. Bessere Maschinen liefert umgekehrt auch die Schweiz in größerer Menge nach Deutschland, ferner Webstühle und Webereimaschinen, Mähdreschmaschinen, Dynamo-elektrische Maschinen etc.

Dem Betrag nach ist die Einfuhr um ca. 1,776,000 Franken zurückgegangen, dem Gewicht nach aber hat sie um ca. 30,500 Doppelzentner zugenommen. Der Widerspruch erklärt sich durch die Verminderung des Wertes überhaupt und die ungewöhnlich starke Einfuhr eiserner Konstruktionen. Zurückgegangen ist in erheblichem Maße die Einfuhr aus Deutschland mit ca. 1,500,000 Franken und diejenige von Oesterreich-Ungarn. Nichtsdestoweniger nimmt Deutschland immer noch den gleichen, gefährlichen Rang ein, indem ihm gleichwohl 64,3 Prozent der Gesamteinfuhr aller Maschinengattungen zugefallen sind, während die schweizerische Einfuhr nach Deutschland proportionell um das Doppelte abgenommen hat, auch absolut um die Hälfte kleiner ist, als die Einfuhr aus Deutschland, so daß sich die Stellung des letzteren nicht verschlechtert, sondern eher verbessert hat.

Im laufenden Jahre wird Italien bedeutende Lieferungen eiserner Konstruktionen in die Schweiz einführen. Das wäre nicht der Fall, wenn sich die Rangstellung der Industriestaaten nach der Höhe der Arbeitslöhne richten würde, wie jüngst ein amerikanischer Nationalökonom behauptete; denn die italienische Konkurrenz hat die schweizerische in den hier in Frage kommenden Submissionen mit Preisen unterboten, die vorläufig nicht anders erklärt werden können, als mit einer beispiellosen Billigkeit der Löhne.

Als ein Zeichen der Zeit wird bezeichnet, daß die Schweiz für Belos fast ebenso viel Geld ausgibt wie für Nähmaschinen.

Ueber das Konkurrenzverhältnis der schweizerischen Maschinenindustrie zur deutschen sagt der Bericht des Fabrikantenvereins: „Was Deutschland anbelangt, so hat es von jeher nicht an den Böllen gefehlt, sondern an der Möglichkeit, bei uns in allen Grundbedingungen ungünstigen Verhältnissen mit den deutschen Maschinenfabrikanten auf ihrem eigenen Boden zu konkurrieren. Wäre es nur das! Aber die deutschen Produkte mit ihren billigen Preisen erschweren und mindern uns den Absatz überall, wo wir ihn suchen, selbst im eigenen Lande. In der Billigkeit können wir den deutschen Fabriken gegenüber unmöglich konkurrieren, nur durch die Vorzüglichkeit unserer Produkte verschaffen wir uns bei erfahrenen Käufern Beachtung und Vorzug. Wer den höheren Preis für die Schweizer Maschine bewilligt, thut es in der Ueberzeugung, daß er eine vollkommene, sorgfältig ausgeführte und im höchsten Grade leistungsfähige Maschine anschafft; mehr als je liegt uns bei den heutigen schwierigen Verhältnissen ob, diese Ueberzeugung zu rechtfertigen und den Ruf unserer Fabrikate hoch zu halten. Die Erfahrung, daß das Billigste das Schlechteste und das Schlechteste das Theuerste ist, kann nicht verfehlen, uns die Kundenschaft allmählich wieder in größerem Maße zuzuführen. In der Ueberlegenheit unseres Fabrikats liegt das Geheimnis unserer Konkurrenzfähigkeit.“

Im Allgemeinen hat nach dem Berichte die Maschinenindustrie ein sehr schlechtes Jahr durchgemacht und auch die Aussichten für die nächste Zukunft seien keine guten. Indes werde doch gehofft, daß der tiefste Punkt nun erreicht und der Boden zu einer dauernden Besserung vorbereitet sei. „In der Bergwerks- und Eisenindustrie ist in Folge Syndikatsbildungen schon etwas mehr Leben und auch auf anderen Gebieten scheint die

Muthlosigkeit größerer Zuvorsicht und besserem Vertrauen weichen zu müssen. Allein es fehlt noch viel bis zu einer neuen Ära der allgemeinen industriellen Prosperität. Dazu sind gute Ernten, Erlebe unter den Büßern und den Uebeln der Gesellschaft und das Ausbleiben Furcht und Schrecken verbreitender Krankheiten, wie namentlich der Cholera, vor Allem notwendig.“

In ganz gleicher Weise spricht sich ein Maschinenfabrikant aus, indem er auch aufkührt, daß für den schweizerischen Maschinenexport ein Land nach dem andern verloren geht. „Italien, das' ehemals einer unserer besten Abnehmer war, deckt sich seinen Bedarf je länger je mehr im Lande selbst; Spanien verschließt uns seinen Markt durch die neuen Zölle, die auf einzelnen Maschinengattungen das achtfache der früheren betragen und Frankreich steht mit uns im Zollkriege. Während sich also unsere Exportverhältnisse innerhalb kurzer Zeit verschlimmert haben, tritt andererseits die ausländische Konkurrenz in unserem eigenen Lande immer mächtiger, rücksichtsloser, und was das schlimmste ist, thatsächlich auch erfolgreicher auf. Was nützt es uns, wenn unsere Industrie hinsichtlich ihrer Entwicklung und Leistungsfähigkeit einen Weltruf genießt, wenn unsere Produkte an internationalen Ausstellungen mit den höchsten Auszeichnungen bedacht werden, wenn wir dagegen andererseits zusehen müssen, wie schweizerische Besteller ihre zum Theil sehr bedeutenden Aufträge an ausländische Maschinenfabriken erteilen, wenn, um Beispiele anzuführen, für eine neugegründete Papierfabrik die sämtlichen Maschinen im Betrage von gegen 200,000 Franken einem deutschen Hause übertragen werden, eine andere bestehende Papierfabrik ihre neue Papiermaschine in Deutschland bestellt, eine schweizerische Bahngesellschaft ihre Werkzeugmaschinen aus Italien bezieht, Turbinen und Transmissionsmaschinen für Zementfabriken, elektrische Kraftübertragungs- und Beleuchtungsanlagen von deutschen Maschinenfabriken erstellt werden, wenn sogar das rauchlose Pulver für unsere schweizerische Armee mit Maschinen hergestellt wird, die von deutschen Häusern nach der Schweiz geliefert werden, während schweizerische Werkstätten solche Einrichtungen nach Frankreich, Spanien, Italien, Norwegen etc. exportirt haben, oder, um unsere Aufzeichnungen zu schließen, wenn für eine schweizerische Bergbahn die Dampfmaschinen (drei Zwicklingsmaschinen mit Kesseln) in Deutschland bestellt werden, weil, wie der Besteller uns schrieb, „die deutsche Konkurrenz beim Feststellen des Preises vom Gedanken geleitet war, daß diese Maschinenanlage vielfach besucht werde und gleichsam für den betreffenden Fabrikanten als Reklame oder eine Art Ausstellung diene? Unsern Schweizer Bergen fällt also im vorliegenden Falle die hohe Aufgabe zu, unserer ausländischen Konkurrenz für den Absatz ihrer Erzeugnisse als Ort der Reklame zu dienen.“

Derselbe Fabrikant hat in seinem Gesichte die Beobachtung gemacht, daß die Zahl der Unfälle schon gegen Ende des Jahres 1891 und dann namentlich während dem Jahre 1892 gegenüber früher in ganz bedeutendem Maße abgenommen hat, so daß die Entschädigungen für das Jahr 1892 kaum Ein Drittel der Versicherungsprämie ausmachen. Der materielle Vortheil davon kam allerdings nur der Versicherungsgesellschaft zu Gute. „Dagegen ist diese Erscheinung in moralischer Beziehung nicht ohne Werth insofern, als sie zeigt, daß die Arbeiter durch Vorsicht und bessere Pflächterfüllung sich selbst vor Schaden bewahren können und daß auch die Fälle der eigentlichen Ausbeutung dieser wohltätigen Institution weniger häufig vorkommen.“

In zwei Berichten erklären die be-

treffenden Fabrikanten-Verfasser (die Berichte betreffen Weberei- und Mähdreschmaschinen), daß die Arbeitsleistung bei der 10stündigen Arbeitszeit eine der Zeit entsprechende Reduktion gegenüber der früher 11stündigen Arbeitszeit erfahren habe. Inwiefern diese Behauptungen thatsächlich begründet sind, vermögen wir nicht zu kontrollieren. Dagegen ist der Wunsch in einem dieser Berichte, daß andere Länder dem Beispiele der Schweiz bezüglich der Arbeitszeit folgen möchten, damit ihre ungünstigere Lage wieder etwas ausgeglichen werde, allerdings berechtigt und daher zu unterstützen.

In dem Berichte über Feld-, Dienst- und Industriebahnen wird ebenfalls eine Reduktion der Arbeitsleistung bei der Zehnstundenarbeit behauptet und erklärt, entweder müsse wieder der 11stündentag eingeführt oder es müssen die Löhne reduziert werden. Leider ist an mehreren Orten thatsächlich bereits das Erstere geschehen und so die werthvolle Errungenschaft des Zehnstundentages wieder verloren gegangen, die man dann beim nächsten Industrie-Ausschwung vielleicht mit schweren Opfern wieder erreicht, um sie nach kurzer Spanne abermals zu verlieren. Auf die Bedeutung und die Macht der gewerkschaftlichen Organisation werfen solche Vorgänge kein günstiges Licht, sie lassen vielmehr deren ganze Schwäche erkennen. Gewinnen und Verlieren, Wiebergewinnen und Wieberverlieren, Beständigkeit nur des Wechsels — das ist die reinste Sisyphusarbeit unserer Organisationen. Wir drehen uns auf diese Weise stetig im selben Kreise und bleiben alle Zeit gleich weit vom Ziele entfernt. Dagegen helfen kann nur die rührigste Agitation, Aufklärung und Belehrung, Stärkung der Organisation und Begeisterung der Arbeiter für dieselbe. Nur eine einigte Arbeiterschaft kann auch in ungünstiger Zeit die Wiederentziehung einer errungenen Verbesserung verhindern.

Ein vernünftiges Wort, das den wüthenden Spar-Aposteln in's Stammbuch gehört, findet sich in dem Berichte über das Sieberei-Geschäft. Es heißt da: „Obwohl die Arbeitslöhne gestiegen sind, erkräftigt der Arbeiter doch nicht mehr als früher, da auch die Lebensbedürfnisse sich vermehren und zum Theil auch im Preise gestiegen sind. Der errungene Vortheil fällt also größtentheils andern zu.“ Das heißt den Kaufleuten und Unternehmern.

In einer staatlichen Waffenfabrik waren Ende 1892 ca. 823 Arbeiter beschäftigt. Der durchschnittliche Tagelohn wird mit 5,30 Franken angegeben. Von der Arbeiterschaft waren 93,6 Proz. Schweizer und 6,4 Proz. Ausländer.

Sollte die zur Zeit tiefeinschneidende wirkende Krise in Nordamerika auch auf Europa empfindlicher zurückwirken, so würde darunter auch die schweizerische Maschinenindustrie zu leiden haben und die Erwerbsverhältnisse für die Arbeiter noch ungünstiger gestaltet werden. Aber gerade die trüben Aussichten sollten die Arbeiter zum engen Zusammenschluß veranlassen, damit sie im Stande sind, ihre Lebenshaltung und ihre Arbeitsverhältnisse gegen die Unternehmerangriffe mit Erfolg zu verteidigen.

Wie Kapitalisten rechnen.

Herr Rippel, Direktor der Maschinenbau-Aktiengesellschaft Nürnberg (Klett & Co.) und wahrscheinlich mit nächstem auch Kandidat für das Nürnberger Gemeindefollegium, ist bekanntlich ein spekulativer Kopf.

In Gustabshurg bei Mainz, dem Orte seiner früheren Thätigkeit, erfreute er sich so sehr der Liebe und Verehrung „seiner“ Arbeiter, daß er es vorzog, seinen Aufenthalt ohne große Abschiedsfeierlichkeiten nach Nürnberg zu verlegen, wo er nach verhältnismäßig kurzem

Wirken es fertig brachte, nicht nur seinen Vorgesetzten, Herrn Kommerzienrath Hennsoltz, sondern auch diverse ältere Arbeiter dem Aufsichtsrath der Aktiengesellschaft als überzählig und seither gezahlte Löhne als zu hoch erscheinen zu lassen.

Herr Rippel ist ein Gegner der Ortskassen und Anhänger einer Fabrikkrankenkasse. Warum er das ist, das dürfte aus Nachstehendem erhellen. In der Fabrik besteht eine besondere, vom verstorbenen Freiherrn von Cramer gestiftete Unterstützungskasse, welche den Zweck hat, neben verschiedenen Leistungen, welche jetzt in Folge der Reichsversicherungs-Gesetzgebung seitens anderer Korporationen gesetzlich gewährt werden müssen, bei Todesfällen von Arbeitern die Beichenskosten zu vergüten, die Wittwen und Waisen von Angehörigen der Fabrik, sowie verunglückte Arbeiter zu unterstützen, ferner eine außerordentliche Unterstützung in besonderen Fällen zu gewähren, wozu letzterer Punkt allmählich dahin ausgebeutet wurde, alten Arbeitern, insbesondere solchen, welche 25 Jahre in der Fabrik beschäftigt waren, eine Art Pension zu zahlen. Diese Kasse, zu der bis zum Jahre 1871 die Arbeiter allmählich einen Kreuzer beizusteuern hatten, ist Herr Rippel — und auch anderen Interessenten — schon längst ein Dorn im Auge. Das begreift sich, kapitalistisch betrachtet, wenn man erfährt, daß die Fabrik zu den Aufwendungen dieser Kasse jährlich etwa 20,000 M. zuzuschießen hat. Die Kasse aber direkt aufzuheben, das geht nicht, denn dieses Institut hat einen stiftungsmäßigen Charakter und die Fabrik hat die Verpflichtung, nach dem Austritt des Herrn v. Cramer das Vermögen der Kasse, welches am 1. August 1868 fünfzigtausend Gulden betrug, hypothekarisch sicher zu stellen. Ob dies seinerzeit bei Umwandlung der Fabrik in eine Aktiengesellschaft geschehen, ist uns nicht bekannt. Die Fabrik hat sogar die Pflicht, bei Auflösung des Establishments die Kasse als Stiftung fortbestehen zu lassen und dafür zu sorgen, daß nach wie vor Unterstützungen an ehemalige Arbeiter der Fabrik oder an deren Angehörige, oder, wenn solche nicht mehr vorhanden, an Arbeiter und deren Hinterlassene überhaupt weiter bezahlt werden.

Also mit der direkten Befestigung der Unterstützungskasse und ihrer Verpflichtungen ist es nichts. Aber was auf direktem, d. h. auf geradem Wege nicht geht, das läßt sich vielleicht auf indirekten, krummen Wegen machen. Wozu wären denn die famosen Versicherungsgesetze, speziell das Krankenkassengesetz da. Als durch die Novelle zum letzteren Gesetze zahlreiche Arbeiter, die früher alle in freien Hilfskassen versichert waren, in die Gemeinbeversicherung gezwängt wurden, steigerte sich der von der Klett'schen Fabrik an die städtische Zwangskasse zu leistende Beitrag von zirka 8000 M. auf rund 16,000 M. Dieser Beitrag würde sich bei Einführung einer Ortskranken-kasse, welche den Arbeitern günstigere Versicherungsbedingungen bietet, bei einem Arbeiterstand von rund 1800 Mann auf etwa 20,000 M. steigern. 4000 Mark mehr! Ist das nicht Grund genug für den Kapitalisten, gegen eine solche Einrichtung zu sein? Die besseren Bedingungen für den Arbeiter kommen ja für ihn nicht in Betracht. Und die Nürnberger Arbeiter sind nach Herrn Rippel's Ansicht ohnehin so „begehrlich“.

Nach seiner eigenen Berechnung gehören 760 Mann „seiner“ Arbeiter zu der Lohnklasse II mit einem Jahreseinkommen von 900 M., und 970 zu der Klasse I mit einem Einkommen von 1200 M. Ist es da für einen Mann mit bloß 37,000 M. Einkommen nicht schrecklich, der Fabrikleitung zuzunehmen, auch noch für eine gute Krankenversicherung der „begehrlichen“ Arbeiter 4000 M. extra ausgeben zu

folle?! Also eine Fabrikasse her! Zwar sind die Angehörigen des Arbeiterausschusses, bis auf zwei, sammt und sonders gegen eine Fabrikasse. Aber was thut das? Wirklich etwas zu sagen hat der Arbeiterausschuss ja nicht, dank den Bestimmungen des famosen Arbeiter„Schutz“gesetzes. Und die „begehrlichsten“ unter den Arbeitern kann man, wenn nöthig, leicht unschädlich machen. Um aber die weniger tief blickenden Fabrikangehörigen zu fördern, macht man den Vorschlag, statt des gesetzlich vorgeschriebenen Drittelsbeitrages seitens der Fabrik die Hälfte zahlen zu wollen. Wahrscheinlich denkt man: ist die Kasse erst unter Dach und Fach gebracht, dann läßt sich diese Bestimmung immer wieder beseitigen.

In Gustavsburg ist man, trotzdem dort beständig viele Leute auf Montage sind, lange Zeit mit einem Betrag von 2 Prozent des Arbeitslohnes ausgekommen und erst vor Kurzem hat man sich genöthigt gesehen, auf 3 Prozent hinaufzugehen. Hier, wo die gefährliche Arbeit der Monteure weniger in Betracht kommt, glaubt man mit 2 1/2 Prozent zurechtzukommen. Freilich ist dabei die Sache so gedacht, daß die Krankenunterstützung nur 13 Wochen währen soll, während sie in Gustavsburg 26 Wochen dauert und in den alten hiesigen Lokalkrankenkassen durchschnittlich ein Jahr.

Nun würde ja allerdings zu der Fabrikasse die Aktiengesellschaft statt, wie zur Gemeindeversicherung 20,000 sogar etwa 23,400 M jährlich an Arbeitgeberbeitrag zu zahlen haben, und das muß doch rieftig „human“ erscheinen. Aber — — — man höre! Herr Kippel hofft in Folge dieses höheren Betrages zur Fabrikkrankenkasse den jetzt 20,000 M betragenden Zuschuß zur Unterstützungs- oder Kreuzerkasse auf 3—4000 M zu reduzieren zu können! Das heißt doch ein Geschäft! Eine jährliche Ersparniß von ca. 13,000 M! Und anscheinend ohne jede Eskamotage! Herr Kippel will zunächst das 25 Gulden betragende Leihengeld aus der Unterstützungskasse wegfällen lassen, weil ja nach Einführung der Fabrikkrankenkasse die Resten der Verstorbenen das Leihengeld aus dieser bekommen. Daß dies direkt gegen das Stiftungsstatut verstößt, sieht den Herrn Direktor, wie es scheint, gar nicht an. Und auch eine Anzahl weiterer Verpflichtungen der Kreuzerkasse kann ohne viele Umstände auf die Krankenkasse abgewälzt werden, um den Zuschuß auf 3—4000 M zu reduzieren — wenn sich's die Arbeiter gefallen lassen und wenn, wie wir hinzufügen wollen, Freifrau von Cramer diesen den ganzen Traditionen der Fabrik und den Ansichten ihres verstorbenen Mannes in's Gesicht schlagenden modernkapitalistischen Manipulationen ihre Zustimmung gibt. Daß die den Aufsichtsrath bildenden Münchener Advokaten mit der geplanten Konfiskation wohlverborener Arbeiterrechte einverstanden sind, bezweifeln wir nicht.

Wir hielten es aber für unsere Pflicht, die Projekte hier öffentlich anzunageln und darauf hinzuweisen, wie man beim großen indifferenten Publikum mit „Wohlfahrtsvereinigungen“ prahlen und dabei doch ein Geschäft gerade mit solchen Einrichtungen machen kann.

Unter den geschilderten Umständen ist auch die Haltung des „freisinnigen“ Münchener Magistrats und seines „wohlwollenden“ Bürgermeisters gegen die Einführung einer allgemeinen Ortskasse begreiflich. Handelt sich's doch um die Wahrung kapitalistischer Interessen, und da müssen andere Rücksichten natürlich in den Hintergrund treten.

Die Angehörigen der Maschinenbaubranchen, nämlich die Arbeiter, dürften aber Angesichts solcher Machinationen gut thun, wie die Buchdrucker, Steindrucker zc.,

mit aller Energie darauf zu bringen, daß auch für sie eine Ortskasse ihrer Branche gebildet werde, damit den Klassen-Expropriateuren bei Klett & Co. das Handwerk gelegt wird.

Zur Organisation der Metall-Industriellen.

Es ist jetzt etwas über zwei Jahre her, als in der bekannten Broschüre: „Ein Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse“ die schändlichen Praktiken, welche die unter Kühnemann'scher Leitung stehenden Metallindustriellen in Verbindung mit staatlichen Behörden gegen die Arbeiter verübten, an den Pranger gestellt wurden. Es wurde dort festgestellt, daß die Unternehmer ihre wirtschaftliche Ueberlegenheit gegenüber den Arbeitern durch die unmoralischsten Mittel zur Geltung brachten, daß sie sich sogar nicht scheuten, die Hilfe der Polizei in Anspruch zu nehmen, welche dafür mit einer „Handsalbe“ von 3000 M belohnt wurde. Das System der schwarzen Listen, die Berufszerklärung der mißliebigen Arbeiter („Agitatoren“), die Ausshungerung derselben, die straflos betriebene geheime Schraubschneiderei, die Ausstellung feintlicher Arbeitszeugnisse — Alles dies wurde in der Broschüre enthiilt. Die Kühnemänner waren vor der Doffentlichkeit gerichtet.

Von dem Programm, das sich die Kühnemänner gegeben hatten und auf Grund dessen sie ihr schmachvolles Treiben verübten, wollen wir hier nochmals die ersten vier Punkte wiederholen:

1. Beschwerden der in den Betrieben der Verbandsmitglieder beschäftigten Arbeitnehmer über Höhe der Löhne, Einrichtungen des Betriebes und dergleichen auf Antrag des betreffenden Verbandsmitgliedes untersuchen zu lassen und darüber in einer für den Unternehmer verbindlichen Weise zu entscheiden;
2. auch ohne einen solchen Antrag, sobald auf eine andere Weise Beschwerden oder Mißbilligkeiten der vorbezeichneten Art bekannt werden, aus eigener Veranlassung den Versuch einer gütlichen Beilegung derselben zu machen;
3. gemeinsame Maßregeln durchzuführen, falls in einem der vereinigten Betriebe die Arbeitnehmer versuchen sollten, Lohnerhöhungen oder sonstige Forderungen im Wege der Arbeitseinstellung, Sperre, Berufszerklärung oder auf ähnliche Weise zu erzwingen;
4. einheitliches Handeln in allen Fragen, welche für das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer von grundsätzlicher Bedeutung sind (z. B. Maximal-Arbeitszeit, Abschaffung der Akkordarbeit, Arbeiterfeiertage, Fabrikordnungen und dergleichen).“

Mit diesem Programm vergleiche man nun das von uns in voriger Nummer veröffentlichte Statut des Verbandes der Metall-Industriellen Nürnberg-Fürth's. Im Wortlaut zwar verschieden ist der Geist ein und derselbe. Nur in der Heuchelei sind die Nürnberg-Fürth'er Macher ihren Vorbildern noch etwas über. Denn Heuchelei und nichts Anderes ist es, wenn die Herren in ihrem § 2 vorgeben, „das Wohl der beiden Mitgliedern beschäftigten Arbeiter fortgesetzt werthtätig fördern“ zu wollen, nachdem in den folgenden Punkten und in den „Ausführungsbestimmungen“ dieser „werthtätigen“ Gesellschaft die Krallen so schön zum Vorschein kommen.

Die Herren reden da von den unbedingten Bestrebungen der Arbeiter, „die Arbeitsbedingungen einseitig vorzuschreiben“. Thatsächlich hat jedoch der

Arbeiter heute keine andere Wahl, als die ihm vom Unternehmer oktroyirten Arbeitsbedingungen anzunehmen.

Trotzdem aber die Herren so große Geliebe einseitiger Vorkürsungen sind, stimmen sie zugleich, daß sie bei Streitigkeiten zwischen „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ als Gerichtshof fungiren und allein, ohne daß die Arbeiter auf Fällung des Urtheils einen Einfluß haben, Recht sprechen. Wer da wohl Recht bekommen wird, der Vereins„genosse“ Unternehmer oder die „begehrlichen“ Arbeiter, die sich erfreuen, Arbeitsbedingungen „einseitig“ vorschreiben zu wollen? —

Fügen sich die Arbeiter dem Spruche eines so mustergiltig zusammengesetzten „imparteiischen“ Gerichtshofes nicht gutwillig, machen sie etwa gar von dem ihnen gesetzlich gewährtesten Koalitionsrecht Gebrauch und legen die Arbeit nieder, so tritt die „werthtätige Förderung des Wohls der Arbeiter“ in Gestalt von Berufszerklärung, Schließung der Arbeitsstätten für die sich mit den Streikenden solidarisirt Erklärenden in Kraft. Darüber lassen die famosen „Ausführungsbestimmungen“ keinen Zweifel aufkommen.

Die Gründung des Nürnberg-Fürth'er Verbandes der Metallindustriellen ist auf ganz bestimmte Ursachen zurückzuführen. Herr Kippel, der neue Direktor der Maschinenbauankleugengesellschaft Nürnberg geht mit großen „Reform“plänen zur „werthtätigen Förderung des Wohls der Arbeiter“ seiner Fabrik schwanger. Die Leser finden davon eine Probe in dem in heutiger Nummer enthaltenen Artikel: „Wie Kapitalisten rechnen.“ Er fürchtet nun den Widerstand der Arbeiter gegen die Ausnützung dieser „Wohlthaten“ und daher die Suche nach Bundesgenossen. Ob sein Liebeswerben bisher von großem Erfolg begleitet war, vermögen wir vorläufig nicht anzugeben.

Sei dem aber wie ihm wolle — die Nürnberg-Fürth'er und die gesammten Metallarbeiter haben die Konsequenzen aus dem „Programm“ des neuen Verbandes zu ziehen. Sie müssen sich wappnen gegen die beabsichtigten Streiche der Unternehmer, indem sie sich sammt und sonders dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande anschließen. Nur wenn sie Alle vereinigt sind, können sie der Macht des Fabrikantenrings energischen Widerstand entgegensetzen.

Organisation des Arbeitsnachweises.

Die Arbeitsvermittlung liegt in Deutschland ausnahmslos noch sehr im Argen; sie ist zu einem guten Theil dem Zufall, zum anderen der kapitalistischen Ausbeutung überlassen. Auf der einen Seite haben seit jeher die Arbeiterorganisationen den Versuch gemacht, den Arbeitsnachweis ihrer Branche in ihre Hände zu bekommen; auf der anderen Seite haben gleichfalls die Unternehmer sich des Arbeitsnachweises zu bemächtigen versucht, und der Arbeitsnachweis ist an manchen Stellen — wir erinnern an den großen Formnerstreik in Hamburg vor einigen Jahren — zu einem Kampfbjekt geworden, um welches auf beiden Seiten erbittert gekämpft worden ist.

Die Folge ist gewesen, daß auf keiner Seite ersprießliche Erfolge erzielt worden sind. Der Arbeitsnachweis ist eben ein Gebiet, das weniger als manches andere zum Kampfbjekt geeignet ist; er sollte vielmehr als neutrale Zone gelten, auf dem sich die beiderseitigen Interessen der Arbeiter und Unternehmer zwar begegnen, aber nicht in feindlicher Weise begegnen sollen. So lange die Geschäftslage eine gute ist und viele Arbeitskräfte verlangt werden, der Arbeitsmarkt daher auch nicht an so starker Ueberfüllung leidet, können wohl beide Formen des Arbeitsnachweises — der der Arbeiter und derjenige der Unternehmer — nebeneinander einigermaßen funktioniren; so bald aber die schlechten Geschäftsperioden sich einstellen — und das geschieht gegenwärtig in immer schnellerer Aufeinanderfolge und immer länger andauernd — so gerathen beide Formen des Arbeitsnachweises in Konflikt und die Nachweise der Arbeiter ziehen meistens den Kürzeren dabei, weil die Arbeit gesucht ist als der

Arbeiter und die Unternehmer, welche die Arbeit zu vergeben haben, sich die Arbeiter dort holen, wo es ihnen gefällt.

Ein Mittel, die Unternehmer zu zwingen, sich ihre Arbeiter an bestimmter Stelle zu holen, gibt es nicht, wenigstens nicht in schlechten Geschäftsperioden. In guten Zeiten ist es ja in manchen Fällen gelungen, durch die Organisation, durch den gewerkschaftlichen Kampf das Unternehmertum zur Benutzung eines bestimmten Arbeitsnachweises zu zwingen, was aber selbst dann nicht verhindert hat, daß daneben einzelne Unternehmer oder ganze Gruppen derselben sich Arbeiter verschafft haben, wo sie es bekommen konnten.

Die Klagen über die Mangelhaftigkeit des Arbeitsnachweises treten daher naturgemäß dann am lautesten auf, wenn der wirtschaftliche Druck sich am stärksten fühlbar macht. Das macht, weil dann zu der Schwierigkeit einer rationalen Arbeitsvermittlung der Mangel an Arbeit tritt. Auch die beste Organisation des Arbeitsnachweises kann in solcher Zeit keine Arbeit schaffen, wohl aber kann durch eine vernünftige Organisation des Arbeitsnachweises eine möglichst gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeit bewirkt werden. Bei der Zweifelhafteit zwischen den Organisationen der Arbeiter und des Unternehmertums werden die ersteren in ihren Geschäftsperioden immer in's Hintertreffen gerathen, weil dann, wie gesagt, die Unternehmer am wenigsten geneigt sind, die Nachweisebureaus der Arbeiter zu benutzen. Die Arbeiter, welche in dieser Zeit sich lediglich darauf beschränken, den Arbeitsnachweis ihrer Gewerkschaft zur Erlangung von Arbeit zu benutzen, werden in vielen Fällen leider am wenigsten Nutzen haben, Arbeit zu erhalten. Die Nachweise des Unternehmertums aber reizen gerade in solcher Zeit die Arbeitsvermittlung großer Branchen völlig an sich und benutzen den Arbeitsnachweis zu dem schandbaren Unfug einer förmlichen Ausschließung bestimmter „unüblicher“ Arbeiter von der Arbeit. Wir haben in dem herkömmlichen Arbeitsnachweis der Eisenindustriellen hier in Hamburg ja ein abschreckendes Beispiel vor Augen. Hinzu tritt aber in den schlimmsten Zeiten die ungeheure Ausbeutung der Arbeitssuchenden durch private Stellenvermittlungsbureaus.

Wenn also der Arbeitsnachweis rationaler betrieben werden soll, wenn der Unfug, der heute damit getrieben wird, vermieden werden soll, so muß eine völlig neue Organisation der Arbeitsvermittlung Platz greifen. Sie muß zu einer öffentlichen Institution erhoben werden. Solche Versuche hat man in anderen Ländern auch bereits gemacht.

In Deutschland ist man dieser Frage bisher nur wenig näher getreten, wohl grade in Folge der Thatsache, daß der Arbeitsnachweis in vielen Fällen den Bantapfel zwischen Arbeitern und Unternehmern abgegeben hat.

Der Hauptstadt des Schwabenlandes, Stuttgart, gebührt das Verdienst, eine solche öffentliche Organisation des Arbeitsnachweises in Angriff genommen zu haben. Der Anstoß dazu ist von dem dortigen Gewerbegericht und hauptsächlich von dessen Vorsitzenden, Herrn Lautenschlager, ausgegangen, der die Sache vom rechten Ende anfaßte und zunächst einmal das Material darüber sammelte, wie in Wirklichkeit die Arbeitsvermittlung in Stuttgart gegenwärtig betrieben wird. Da haben sich denn ganz schauerliche Zustände herausgestellt. Nach den Lautenschlager'schen Ermittlungen, bei welchen der Ausschuss des Stuttgarter Gewerbegerichts mitgewirkt hat, werden in Stuttgart jährlich ca. 74,000 Arbeitsstellen neu besetzt. Die Neubesezung erfolgt für einen großen Theil der Stellen durch Vermittlung der Zeitungen. (Das verbreitetste Blatt Stuttgarts bringt jährlich 20 bis 30,000 Stellenanzeigen.) Ein Theil der offenen Arbeitsstellen wird vergeben auf Grund des sogenannten „Mischens“, wobei der Arbeiter von einem Unternehmer zum anderen geht und um Arbeit nachfragt. Einen weiteren Theil besorgen die Berufsorganisationen der Arbeiter und Unternehmer (jedoch, wie konstalirt wird, nur mit theilweisem Erfolg), milde Stiftungen, Vereine zc. Einen großen Antheil am „Geschäft“ nehmen jedoch die Privatbureaus für Arbeitsvermittlung, deren Stuttgart 74 zählt, von welchen ein Theil das Geschäft jedoch nur in geringem Umfange trieb. Bei den übrigen schwankte die Zahl der Vermittlungen zwischen 100 und 6000 im Jahr. An die gesammten derartigen Bureaus wandten sich 1892 etwa 21,000 Stellenjuchende und 18,000 stellen anbietende Personen. Das Stuttgarter Gewerbegericht nimmt an, daß insgesammt jährlich ca. 100,000 M an Gebühren von den Stuttgarter Privatbureaus eingenommen werden.

Das Resultat dieser Feststellungen war ein den Stuttgarter Gemeindefolgegen unterbreiteter Antrag, auf Errichtung eines städtischen unter der Leitung des Gewerbe-

Stempner, und hat am 27. August eine Ver...
beitungsstelle des D. M. W. gegründet, wo...
bet er auch als Vorstand gewählt wurde.

Wandsbeck. Öffentliche Metallarbeiter-
Versammlung am 8. September. Tagesord-
nung: 1) Die Bedeutung und der Wert...
einer Gewerkschaftsorganisation.

Zug (Schweiz). Wie an allen anderen
Orten die Parole des Kapitals Ausbeutung...
der Arbeiter ist, so auch hier in der Metall-
waarenfabrik Zug.

Schläger. Fürth. In einer der letzten Monats-
versammlungen des D. M. W., Sektion der...
Schläger, erstattete H. Höfler im Auftrag...

Sonderz. Zeitung für Blechindustrie") Arbeiter...
unter allerhand Versprechungen an sich zu...
locken sucht, so möchten wir hiermit alle...

Metallarbeiter.

Fürth. In der letzten Mitgliederversammlung...
der Sektion der Metallarbeiter wurden unter...
Anderem die Missstände in der Popp'schen...

Schläger.

Fürth. In einer der letzten Monatsversammlungen...
des D. M. W., Sektion der Schläger, erstattete...

Zinnzieher.

Dresden. Bezugnehmend auf die Bekanntmachung...
des H. V. B. über den Beitritt zum...

in seiner Bude gearbeitet hat, wird uns die...
genanntesten Eigenschaften des Herrn bezeugen...
können. Die Titulaturen, die er den Arbeitern...

Deutscher Metallarbeiter-Verein.

Bekanntmachung.

Das durch den Tod des Mitgliedes...
Gütliche erledigte Amt eines Mitgliedes des...
Vorstandes ist durch die Wahl des...

Da nunmehr die Entlassungen vom...
Militär stattfinden, machen wir darauf auf-
merksam, daß nach den Bestimmungen des...

13 Wochen organisiert waren, die Zeit im...
Verband angerechnet wird.

Die diesbezüglichen Erklärungen würden...
lauten:

1) Bei einem Vollberechtigten:
Inhaber gehörte vom ... ten ... 18 ..
bis ... ten ... 18 .. dem ... Verein an...

2) Bei einem unter 13 Wochen Organ-
isiren:
Inhaber gehörte vom ... ten ... 18 ..
bis ... ten ... 18 .. dem ... Verein an...

Folgende Mitgliedsblätter werden für un-
gültig erklärt und sind ev. anzuhalten:
Nr. 21708 des Schlossers Ernst Wohlfarth...

Sobann machen wir darauf aufmerksam,
daß mit Ablauf von September die erste...
3monatliche Abrechnungsperiode schließt.

Von den nachfolgenden Orten ist der Bezug...
der Arbeiter der benannten Vereine fern zu...

Alle für den Verband bestimmten Geld-
sendungen sind nur an die Adresse unseres...

Theodor Werner, Stuttgart,
Schlosserstraße 21,1,

zu richten, und ist auf dem für Mitteilun-
gen bestimmten Postabschnitt zu bemerken,

Parteigenossen!

Wie bereits in einer früheren Nummer
des „Vorwärts“ bekannt gegeben wurde,

Als Ort für den Parteitag ist voriges
Jahr Köln a. Rh. bestimmt worden.

Entsprechend den Bestimmungen der §§ 7,
8 und 9 der Partei-Organisation*) berufen wir...

Sonntag, 22. Oktober, nach Köln

*) § 7. Alljährlich findet ein Parteitag
statt, der von der Parteileitung einzu-
berufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den
Ort, an welchem der nächste Parteitag statt-
finden soll, keine Bestimmung getroffen, so...

§ 8. Die Einberufung des Parteitages
muss spätestens vier Wochen vor dem Termin
der Abhaltung desselben durch das offizielle...

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste
Vertretung der Partei.

Zur Teilnahme an denselben sind be-
rechtigt:

- 1) die Delegierten der Partei aus dem
einzelnen Wahlkreise, mit der Ein-
schränkung, daß in der Regel kein...
2) die Mitglieder der Reichstagsfraktion;
3) die Mitglieder der Parteileitung.

